

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## Institut für Konjunkturforschung

# WOCHENBERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 16. Mai 1968

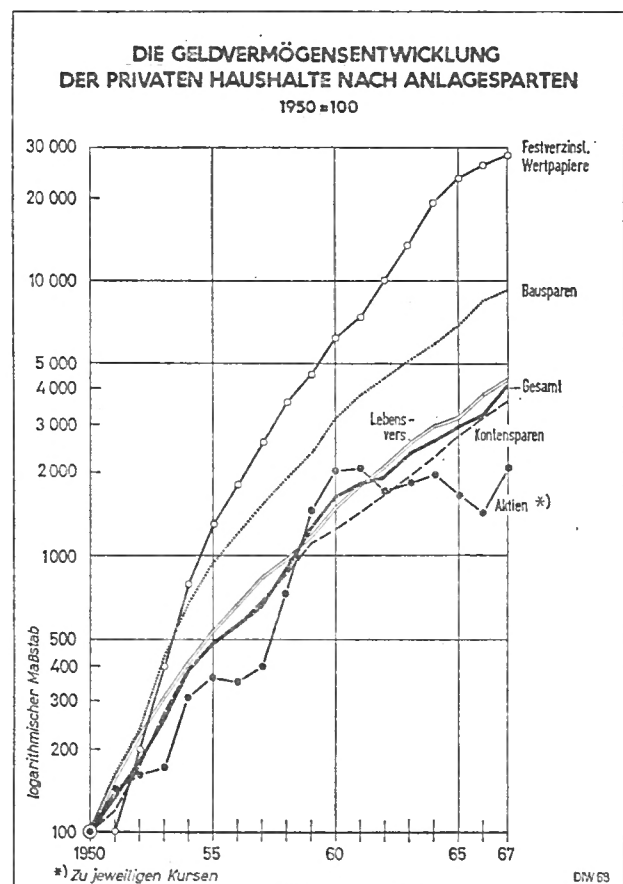
Nummer 20/21

### Die Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland

Die Einkommensverteilung wird im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nur sehr grob dargestellt. Einer analytischen Betrachtung setzt sie enge Grenzen. Dies gilt insbesondere für die Einkommen der Selbständigen; denn mit dem Posten „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ werden außerordentlich heterogene Einkünfte zusammengefaßt. Es fehlt bislang eine Analyse aller Einkünfte aus Vermögen, die nicht mit einer gewerblichen Tätigkeit verbunden sind. Die vorliegende Untersuchung ist ein erster Schritt in diese Richtung. Diese Disaggregation der Vermögenseinkünfte kann sich auf eine zuverlässige Geld- und Kreditstatistik stützen; die Vermögensbildung ist durch zahlreiche Zeitreihen seit der Währungsreform belegt.

Ziel dieser — mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgestimmten — Untersuchung war es, die den privaten Haushalten zufließenden Vermögenserträge nach den einzelnen Anlagesparten aufzufächern und aus dem Posten „Entnahmen“ der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auszusondern.

Zum Zeitpunkt der Währungsreform verfügten die privaten Haushalte über fast keinerlei Geldvermögen. Es konnte daher davon ausgegangen werden, daß die heutigen Geldvermögensbestände im wesentlichen durch Addition der jährlichen Aufwendungen der privaten Haushalte für die unterschiedlichen Anlagesparten zu ermitteln sind. Diese Methode



wendet auch die Bundesbank in ihren jährlichen Untersuchungen über die „Vermögensbildung und ihre Finanzierung“ an. Ihre Ergebnisse wie die im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung errech-

neten Daten zur Geldvermögensänderung der privaten Haushalte sind dieser Untersuchung zugrunde gelegt worden. Schließlich wurden Ergebnisse des Gemeinschaftsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute über das künftige Vermögensteueraufkommen mit herangezogen<sup>1</sup>.

Zur Klärung der Eigentumsverhältnisse, der Frage also, welcher Anteil des Vermögens den privaten Haushalten zuzurechnen ist, hatte die Geld- und Kreditstatistik zunächst nur wenig beigetragen. Seitdem die Bundesbank 1964 jedoch erstmals eine Depot-Erhebung der Wertpapierbestände durchgeführt hat, die nun jährlich wiederholt wird, sind die Informationen über die Eigentumsverhältnisse zuverlässiger geworden.

In der Entwicklung der Vermögensbildung der privaten Haushalte seit der Währungsreform wird deutlich, daß auch im gesamtwirtschaftlichen Sparverhalten die Regel gegolten hat: der Aufbau eines individuellen Vermögens beginnt mit dem Sparbuch und wird erst allmählich durch risikoreichere Anlagen ergänzt. Zu bedenken sind allerdings eine Reihe von Sondereinflüssen: Einmal hat sich die staatliche Sparförderung auf bestimmte Anlagen konzentriert; zum anderen wurde im Hinblick auf den Wiederaufbau die Spartätigkeit im Sektor Eigenheimfinanzierung besonders forciert. Zudem mußte die durch die Währungsreform verlorengegangene individuelle Altersversorgung zum Teil nachgeholt werden.

### Die Entwicklung der Geldvermögen

Sehr zuverlässig sind die Unterlagen über das Kontensparen. Diese Sparleistungen wurden, wie spezielle Erhebungen bestätigen, fast ausschließlich von den privaten Haushalten erbracht. Offensichtlich hat das Kontensparen in den ersten Jahren nach der Währungsreform (bis etwa 1957) eine dominierende Rolle gespielt. Etwa die Hälfte des Geldvermögens wurde bis zu diesem Zeitpunkt auf Sparkonten verbucht. Dann jedoch hat das Kontensparen gegenüber anderen Anlagesparten mehr und mehr an Bedeutung eingebüßt. Diese Entwicklung ist von vermögenspolitischen Maßnahmen des Staates und deren publizistische Förderung stark beeinflußt worden. Besonders deutlich wurde dies in der Privatisierung öffentlichen Vermögens (VW, Veba).

Das der Vermögensbildung zugrunde liegende Zweckmotiv tritt beim Bausparen deutlich hervor. Weniger die Sparrendite als die erleichterte Eigenheimfinanzierung haben das Bausparen in allen

untersuchten Jahren überdurchschnittlich ansteigen lassen. Verstärkt wurde das Geschäft der Bauspar-kassen noch dadurch, daß die staatliche Prämien-gewährung auch von Personen in Anspruch genom-men wurde, die die gesparten Mittel nicht zum Eigenheimbau verwendet haben. Zweifellos hat die steuerliche Begünstigung den bis 1966 steigenden Trend des Bausparens beeinflußt. Dies ist auch daran zu erkennen, daß im Jahre 1967 mit der Ein-schränkung der Vergünstigungen (Aufhebung der Kumulation der Sparpräferenzierung), verstärkt durch die konjunkturelle Abschwächung, die Ver-mögensbildung in diesem Sektor nicht mehr die außerordentlich hohen Zuwachsraten der Vor-jahre erreicht hat.

Geldvermögen der privaten Haushalte<sup>1)</sup>  
der Bundesrepublik<sup>2)</sup>  
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

	Spar-konten <sup>3)</sup>	Bau-spar-konten <sup>4)</sup>	Fest-verzinsl. Wertpap. <sup>5)</sup>	Aktien		Lebens-ver-sicherg.	Gesamt <sup>6)</sup>
				A <sup>6)</sup>	B <sup>7)</sup>		
1950	3,8	0,3	0,1	3,4	2,3	1,0	7,5
1951	4,6	0,5	0,1	3,4	3,4	1,6	10,2
1952	6,7	0,8	0,2	3,4	3,7	2,3	13,7
1953	10,2	1,3	0,4	3,5	3,9	3,1	18,9
1954	14,9	2,0	0,8	3,7	7,0	4,1	28,8
1955	18,4	2,8	1,3	3,9	8,3	5,3	36,1
1956	21,3	3,6	1,8	4,1	7,9	6,6	41,2
1957	26,0	4,6	2,6	4,6	9,1	8,1	50,4
1958	32,0	5,7	3,6	5,3	16,5	9,7	67,5
1959	38,9	7,1	4,6	6,3	33,4	11,9	95,9
1960	48,0	9,4	6,1	7,0	46,1	15,0	124,6
1961	54,8	11,3	7,4	8,5	49,2	18,0	140,7
1962	63,2	13,1	10,0	9,1	39,8	21,4	147,5
1963	74,2	15,2	13,5	9,1	42,6	25,2	170,7
1964	86,5	17,4	18,9	9,5	45,4	29,3	197,5
1965	102,8	20,6	23,4	10,4	38,6	33,6	219,0
1966	120,0	24,8	26,3	10,8	33,6	38,5	243,2
1967	137,7	27,3	28,8	12,0	49,7	43,8	287,3

<sup>1)</sup> Ohne Sicht- und Termineinlagen sowie Bargeld. — <sup>2)</sup> Ab 1960 einschl. Saarland und Berlin (W). — <sup>3)</sup> Einschl. Sparprämien. — <sup>4)</sup> Einschl. Bausparprämien. — <sup>5)</sup> Zum Anschaffungswert. — <sup>6)</sup> Zum Nominalwert. — <sup>7)</sup> Zum Kurswert, einschl. Investment-Zertifikate. — <sup>8)</sup> In die Addition sind die Aktien zum Kurswert (B) einbezogen.  
Quelle: Schätzung unter Verwendung der Geldvermögensrechnung des DIW und Statistiken der Deutschen Bundesbank.

Der Erwerb festverzinslicher Wertpapiere durch private Haushalte war zunächst äußerst gering. Erst seit 1958 gewinnt das Wertpapiersparen für diesen Nachfragerkreis an Bedeutung. Mit der Einbeziehung des Wertpapiersparens in die allgemeine Sparförderung trat auch das Renditedenken stärker in den Vordergrund. In den letzten Jahren hat sich der Anteil des Wertpapierbesitzes am gesamten Geldvermögen der privaten Haushalte zunehmend erhöht (1960 = 5 vH, 1967 = 10 vH). Noch eindrucksvoller wäre die Entwicklung wahrscheinlich gewesen, wenn nicht der Kursverfall der für relativ kurssicher ge-

<sup>1</sup> Das künftige Vermögensteueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland, Studien zur Finanzpolitik, Heft 9, herausgegeben vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1967.

haltenen festverzinslichen Wertpapiere zu Vertrauenseinbußen und Käuferzurückhaltung geführt hätte.

Der Aktienbesitz ist vom Währungsschnitt verschont geblieben. Allerdings hat die sich hinauszögernde Festsetzung der DM-Eröffnungsbilanzen zu der zunächst sehr niedrigen Bewertung der Aktien beigetragen. Der Erwerb von Aktien hat Anfang der 50er Jahre für die Geldvermögensbildung<sup>2</sup> der privaten Haushalte kaum eine Rolle gespielt. Etwa gleichzeitig mit dem erhöhten Erwerb festverzinslicher Wertpapiere stiegen jedoch auch die Käufe von Aktien. Nachdem die Durchschnittskurse in den Jahren 1951 bis 1953 bei 100 stagnierten, haben die dann einsetzenden Kurssteigerungen — bis 1957 noch relativ gemäßigt (auf nahezu das Doppelte des Nominalwertes) — den Erwerb von Aktien auch aus spekulativen Gründen wieder attraktiver gemacht. Ernüchterung setzte allerdings ein, als von 1960 an (durchschnittliches Kursniveau 600) die Kurse rapide sanken; erst im vergangenen Jahr war wieder eine nachhaltige Kurserholung festzustellen. Die Reaktion der privaten Käufer auf den Kursverfall war unvermeidlich: Der Absatz ging merklich zurück. Indirekt profitierte der Aktienmarkt — allerdings in stark abgeschwächtem Maße — indes vom zunehmenden Erwerb der weniger kursanfälligen Investment-Zertifikate.

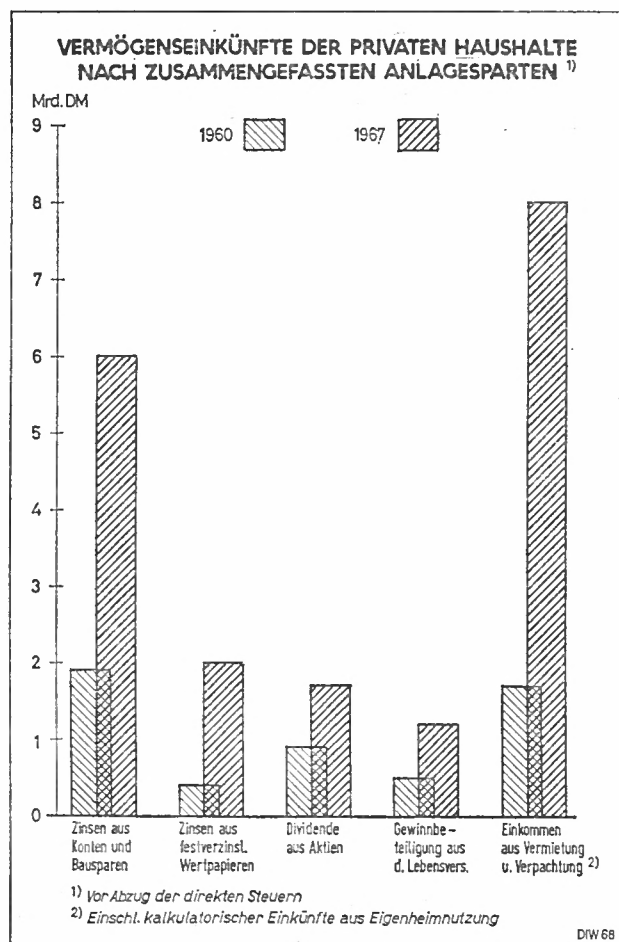
Die Aktienbestände sind mit dem Kursniveau bewertet worden. Ausgegangen wurde von dem zum Nominalwert ausgewiesenen Aktienbesitz in privater Hand, der mit den jeweiligen durchschnittlichen Kurswerten zum Jahresende auf die jeweilige Wertstellung hochgerechnet worden ist. Wie aus der Tabelle ersichtlich, haben die Kursschwankungen den ausgewiesenen Wert des Aktienbesitzes außerordentlich stark beeinflusst.

Für die Lebensversicherung sind von den privaten Haushalten im gesamten Zeitabschnitt — gemessen an der jeweiligen Vermögensbildung — relativ konstante Anteilsbeträge aufgewendet worden. Sowohl der anhaltende „Wiederaufbau“ der individuellen Altersvorsorge als auch die „klassische“ Begünstigung im Einkommensteuerrecht haben das Lebensversicherungsgeschäft ohne größere Schwankungen oder gar psychologische Hemmnisse im Vergleich zu anderen Sparten stetig expandieren lassen.

### Einkünfte aus Geldvermögen

Würde das Sparverhalten der privaten Haushalte allein dem Renditemotiv folgen, so hätten sich die

Geldvermögen und Vermögenserträge gewiß anders entwickelt. Die relativ niedrige Verzinsung des Konten- und Bausparens ist erst durch die Zinsfreigabe — trotz Diskontsenkung — neuerdings merklich gestiegen (der durchschnittliche Zinssatz betrug 1966/67 3,7 %). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß öffentliche Übertragungen in Form von Spar-



insbesondere von Bausparprämien, zumindest die Rendite des steuerbegünstigten Sparens außerordentlich verbessert haben. Bemerkenswert bleibt jedoch, daß allein vom Marktzins abzuleitende Rentabilitätsunterschiede bisher nicht sehr deutlich im Sparverhalten hervorgetreten sind. Die auf der anderen Seite ebenfalls niedrige Rendite des Aktienbesitzes ist ohne den Hinweis auf Kursgewinne als zusätzlichen „Zins“ rational nicht zu begründen. Allerdings ist diese Ertragskomponente in der vorliegenden Einkommensuntersuchung nicht berücksichtigt worden.

<sup>2</sup> Wie in den Untersuchungen der Bundesbank ist der Erwerb von Aktien durch private Haushalte hier der Geld- und nicht der Sachvermögensbildung zugerechnet worden.

Vermögenseinkünfte der privaten Haushalte in der Bundesrepublik 1)

Jahr	Zinsen aus			Dividende aus Aktien <sup>2)</sup>	Gewinnbeteiligung der Lebensversicherungen	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung <sup>3)</sup>	Brutto-Einkünfte aus Vermögen	Netto-Einkünfte aus Vermögen	Anteil der Nebeneinkünfte aus Vermögen an den Entnahmen
	Sparkonten	Bau-sparkonten	Festverzinsl. Wertpapieren						
Mrd. DM									vH
1950 . . . . .	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,5	0,7	0,6	3,1
1951 . . . . .	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,6	0,9	0,8	3,6
1952 . . . . .	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1	0,7	1,1	1,0	3,9
1953 . . . . .	0,2	0,0	0,0	0,1	0,2	0,8	1,3	1,2	4,3
1954 . . . . .	0,4	0,0	0,0	0,2	0,2	0,8	1,6	1,4	4,9
1955 . . . . .	0,5	0,1	0,1	0,3	0,2	0,9	2,1	1,8	5,9
1956 . . . . .	0,7	0,1	0,1	0,3	0,3	1,0	2,5	2,2	6,7
1957 . . . . .	0,9	0,1	0,1	0,4	0,3	1,1	2,9	2,5	7,0
1958 . . . . .	1,0	0,1	0,2	0,5	0,4	1,2	3,4	2,9	7,5
1959 . . . . .	1,1	0,2	0,3	0,7	0,4	1,3	4,0	3,4	8,2
1960 . . . . .	1,7	0,2	0,4	0,9	0,5	1,7	5,4	4,7	10,1
1961 . . . . .	1,8	0,3	0,4	1,2	0,6	2,4	6,7	5,8	11,5
1962 . . . . .	2,0	0,3	0,6	1,4	0,7	2,6	7,6	6,6	12,2
1963 . . . . .	2,3	0,4	0,8	1,3	0,8	3,3	8,9	7,7	13,0
1964 . . . . .	2,7	0,4	1,2	1,4	0,9	4,3	10,9	9,4	14,5
1965 . . . . .	3,5	0,5	1,6	1,5	1,0	5,0	13,1	11,3	15,7
1966 . . . . .	4,8	0,6	2,1	1,6	1,1	6,5	16,7	14,4	18,8
1967 <sup>4)</sup> . . . . .	5,3	0,7	2,0	1,7	1,2	8,0	18,9	16,3	21,1

1) Ab 1960 einschl. Saarland und Berlin (West). — 2) Einschl. Investment-Zertifikate. — 3) Einschl. kalkulatorischer Einkünfte aus Eigenheimnutzung. — 4) Vorläufig.

Vergleicht man den Anteil einzelner Vermögenseinkünfte in dem dargestellten Zeitabschnitt, so ist — was nicht überrascht — festzustellen, daß die reinen Sparzinsen, die zunächst fast die Hälfte der gesamten Einkünfte aus Geldvermögen betragen, allmählich anteilmäßig an Bedeutung verloren haben und im vergangenen Jahr nur noch ein knappes Drittel ausmachten. Steigende Bedeutung haben dagegen die Zinsen auf festverzinsliche Wertpapiere erlangt, was eindeutig auf ihren zunehmenden Anteil am gesamten Geldvermögen zurückzuführen ist. Die von den privaten Haushalten empfangenen Dividenden sind zwar absolut gestiegen; gemessen an den gesamten Vermögenseinkünften ist jedoch zur Zeit der Anteil der Dividenden eher wieder rückläufig.

Eine in der Jahres-Periodenabgrenzung nur kalkulatorische Bedeutung haben Gewinnbeteiligung und Zinsgutschriften im Rahmen der Lebensversicherung. Diese Einkünfte können auch nur grob geschätzt werden, da die Statistiken der Lebensversicherung darüber nicht eindeutig berichten, weil dieses Problem in der Praxis unterschiedlich behandelt wird: Einmal werden solche Gutschriften dazu verwendet, die vereinbarten Prämien herabzusetzen; zum anderen werden die Beträge der vereinbarten Vertragssumme zugeschrieben und erst nach Vertragsablauf ausgezahlt.

**Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung**

Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

bereiten gegenüber den Einkünften aus Geldvermögen hinsichtlich ihrer Quantifizierung erheblich größere Schwierigkeiten. Diese Erträge sind aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet worden. Ausgegangen wurde von dem Beitrag der Wohnungswirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt. Nach Abzug der Abschreibungen, indirekten Steuern und der Einkommen aus unselbständiger Arbeit ergibt sich das sogenannte Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dieses Sektors als jeweilige Ausgangsgröße für die daran anschließenden Berechnungen.

Anhand der Statistik über Zinsleistungen aus Hypothekarkrediten wurden Angaben über die sogenannten Fremdzinsen ermittelt, deren Abzug von den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu dem Restposten Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung führen. Danach war der Anteil der privaten Haushalte an diesen Einkünften zu berechnen. Schließlich waren Zuschläge für solche Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung zu machen, die nicht auf den Sektor Wohnungswirtschaft entfielen, insbesondere also Einkünfte aus der Vermietung gewerblicher Räume.

Die aus diesem Rechengang resultierenden Ergebnisse waren insoweit äußerst bemerkenswert, als die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung bis 1960 ein — in Anbetracht der Bedeutung der Wohnungswirtschaft — nur geringes Ausmaß erreichten. Es

ist davon auszugehen, daß der soziale Wohnungsbau lediglich seine Kosten deckt: Die geringe kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung wird häufig durch unzureichende Ansätze für Instandhaltung noch reduziert. Die Bewirtschaftung der Mieten für die Altbauwohnungen hat dazu geführt, daß hier vielfach nicht einmal eine Kostendeckung erreicht wurde. Kalkulatorisch wurde die Bewertung der Eigenheimnutzung, der Methode der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung folgend, an die der Mietwohnungen orientiert, so daß — angepaßt an das Niveau der Altbaumieten — Eigenheime vielfach ebenfalls nicht mit einer kostendeckenden Miete kalkuliert sind. Erst mit der beginnenden Liberalisierung der Wohnungswirtschaft stiegen die Mieteinnahmen beträchtlich. Stärker noch haben aber die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung als Residualgröße expandiert.

In Anbetracht der komplexen Definition der sogenannten Nettomiete als Einkommenskategorie können die hier ausgewiesenen Größen nur als Annäherungswerte aufgefaßt werden. Es ist davon auszugehen, daß in den letzten Jahren die tatsächliche Entwicklung eher unter- als überbewertet worden ist. Wenn trotz der über lange Zeit so spärlichen Einkommensentwicklung auf diesem Sektor der Wohnungsbau floriert hat, so ist dies — neben der Gewährung zinsverbilligter Darlehen — vornehmlich auf die starke einkommensteuerliche Begünstigung im Rahmen des § 7 b zurückzuführen: Die damit gewährten Ersparnisse von Steuern auf in anderen Bereichen erzielte Einkommen sind als Ersatz für die geringen Gewinnchancen im Wohnungswesen anzusehen.

### Gesamtentwicklung der Vermögenseinkünfte

Verfolgt man die Entwicklung der gesamten Vermögenseinkünfte seit 1950, so zeigt sich zunächst eine von Jahr zu Jahr stets sehr kräftige Expansion. Sie war im Vergleich zu anderen Einkommenskategorien nicht nur gleichmäßiger, sondern übertraf selbst die Einkommensentwicklung aus Erwerbstätigkeit in den konjunkturell besonders günstigen Perioden. In den Jahren 1964 bis 1966 hat sich das Wachstumstempo der Vermögenseinkünfte nochmals beschleunigt — weitgehend eine Folge der sprunghaften Zunahme der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung.

In der bisherigen Betrachtung sind die Vermögenseinkünfte — von der Entstehung her — stets brutto ausgewiesen, enthalten also noch die auf sie

entfallenden direkten Steuern. Nun ist allerdings eine marginale Steueranalyse in diesem Zusammenhang äußerst schwierig. Selbst die Ermittlung eines Grenzsteuersatzes für sämtliche Einkommensarten ist insoweit problematisch, als das Steuerrecht für Nebeneinkünfte — insbesondere für Einkünfte aus Vermögen — großzügig bemessene Freibeträge einräumt. Die Zinseinkünfte aus Lebensversicherungssparen sind einer Einkommenbesteuerung ohnehin nur schwer zugänglich. In Anbetracht der bei den einzelnen Vermögenseinkünften sehr unterschiedlich wirksamen steuerlichen Erfassung ist der jeweilige durchschnittliche Steuersatz allein aus der Struktur der Vermögenseinkünfte zu erklären: So ist die Belastung der Wertpapiereinkünfte wesentlich höher als die der Zinsgutschriften für Spareinlagen angesetzt worden.

Die jährliche Veränderung der Entnahmen  
in der Bundesrepublik<sup>1)</sup>  
Zunahme in vH

Jahr	Entnahmen insgesamt	darunter	
		Nettoeinkünfte aus Vermögen	Entnahmen im engeren Sinne <sup>2)</sup>
1951 . . . . .	14,4	33,3	13,4
1952 . . . . .	16,2	25,0	16,1
1953 . . . . .	9,4	20,0	9,0
1954 . . . . .	3,5	16,7	2,6
1955 . . . . .	6,0	28,6	5,1
1956 . . . . .	7,2	22,2	6,3
1957 . . . . .	9,6	13,6	9,2
1958 . . . . .	7,4	16,0	6,9
1959 . . . . .	7,8	17,2	7,0
1960 . . . . .	6,7	14,7	5,8
1961 . . . . .	7,4	23,4	5,7
1962 . . . . .	7,9	13,8	7,2
1963 . . . . .	9,4	16,7	8,4
1964 . . . . .	9,1	22,1	7,2
1965 . . . . .	10,9	20,2	9,2
1966 . . . . .	6,7	27,4	2,8
1967 <sup>3)</sup> . . . . .	0,8	13,2	- 1,9

<sup>1)</sup> Ab 1960 einschl. Saarland und Berlin (West). — <sup>2)</sup> Ohne Nettoeinkünfte aus Vermögen. — <sup>3)</sup> Vorläufig.

Eine Gegenüberstellung des Postens „Entnahmen“ in der bislang üblichen Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit den isolierten Vermögenserträgen wie auch den daraus resultierenden „bereinigten“ Entnahmen im engeren Sinne führt zu bemerkenswerten Ergebnissen. Insbesondere ist der Anteil der Nettoeinkünfte aus Vermögen an den Entnahmen seit 1950 von Jahr zu Jahr gestiegen. Belief sich der Anteil 1950 auf lediglich 3,1 vH, so waren 1967 bereits mehr als ein Fünftel der Entnahmen Einkünfte aus Vermögen. Diese Entwicklung hat sich in den 60er Jahren wesentlich stärker durchgesetzt. Die eigentlichen Entnahmen als Ein-

privaten Verbrauch und private Ersparnisse zur Verfügung steht, sind mithin im Niveau erheblich geringer einzuschätzen und auch weniger stark gestiegen, als es der Sammelposten ausweist. Dies wird an der Entwicklung der beiden letzten Jahre 1966 und 1967 besonders deutlich: Gegenüber der Entwicklung der Entnahmen nach globaler Abgrenzung (1966 + 6,7 vH; 1967 + 0,8 vH) war die Entwicklung der Entnahmen der Selbständigen schwächer und belief sich lediglich auf + 2,8 vH (1966)

bzw. — 1,9 vH (1967).

Vieles spricht dafür, daß sich die in der Vergangenheit zu beobachtende Entwicklung — wenn nicht im gleichen Tempo, so doch in gleicher Richtung — fortsetzen wird. Auf jeden Fall deuten die charakteristischen Merkmale der jüngsten Vermögensbildung der privaten Haushalte darauf hin, daß die Einkünfte aus Vermögen auch weiterhin stärker zunehmen werden als Erwerbseinkünfte.

## **Der tschechoslowakische Außenhandel unter dem Einfluß der Wirtschaftsreform**

Von allen Ländern des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hat die Tschechoslowakei in jüngster Zeit wohl die einschneidendsten Maßnahmen zur Reform ihrer Wirtschaft konzipiert und teilweise auch schon eingeleitet. Ein ganz besonderes Gewicht wird bei dieser Reform auf den Außenhandel gelegt.

Über seine in der sozialistischen Wirtschaft traditionelle Funktion hinaus, notwendige Rohstoffe und Investitionsgüter bereitzustellen, soll der Außenhandel künftig stärker die Vorteile internationaler Arbeitsteilung zum Tragen bringen, d. h. die inländische Produktion beleben, ihre Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität steigern und sich damit letztlich positiv auf das allgemeine Versorgungsniveau auswirken.

### **Tiefgreifende organisatorische und funktionelle Veränderungen**

Bereits die bisherigen Maßnahmen der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform brachten für den Außenhandel der CSSR tiefgreifende Änderungen: Zunächst wurde die technische Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte neu geregelt. Zwar besteht das staatliche Außenhandelsmonopol nach wie vor; alle Exporte und Importe werden von den zuständigen, nach Branchen gegliederten Außenhandelsvereinigungen abgewickelt. Verringert wurde dagegen schon zu Beginn der Reform der Einfluß des Außenhandelsministeriums auf die Betriebe. Nach tschechoslowakischer Darstellung liegt nun die In-

itiative zu Außenhandelsgeschäften bei den Betriebsleitungen. Um die Konkurrenzfähigkeit der Produkte auf westlichen Märkten zu verbessern, werden ihnen vermehrt Devisenkredite gewährt. Schon im Jahre 1967 sollen rund 60 vH des Warenaustausches mit dem Ausland durch diese neue Regelung begünstigt worden sein.

Das neue Konzept könnte gegenüber dem alten System ohne Zweifel eine wesentliche Verbesserung sein. Sehr viel hängt nun davon ab, wie sich die Zusammenarbeit der Außenhandelsvereinigungen mit den Unternehmen gestalten wird — ob die Betriebe tatsächlich selbst über ihre Außenhandelsgeschäfte entscheiden können und die Außenhandelsvereinigungen im streng kommerziellen Sinn tätig sind (wie z. B. die beiden Anfang dieses Jahres gegründeten Exportgesellschaften) oder aber ob die bürokratischen Handelshemmnisse, die bisher auf Ministeriumsebene bestanden, jetzt lediglich auf die Außenhandelsvereinigungen verlagert worden sind. Abzuwarten bleibt auch, ob sich der tschechoslowakische Außenhandelsapparat in dieser neuen Gestalt jetzt besser auf den Weltmarkt und seine Veränderungen einzustellen vermag.

Gleichzeitig mit der Änderung in der technischen Abwicklung des Außenhandels wurden ihm neue Funktionen im Rahmen des neuen Systems der Planung und Leitung übertragen. Zu einem Teil resultieren sie aus dem Entschluß, die Lieferungen und Bezüge der einzelnen Unternehmen mit den Außenhandelsvereinigungen künftig auf der Grundlage der Weltmarktpreise abzuwickeln und nicht mehr wie bisher auf der Basis der sogenannten Groß-

handelspreise, der einen Kategorie der tschecho-slowakischen Binnenpreise<sup>1</sup>.

Bedeutsam ist dies deshalb, weil zwischen beiden ein beträchtliches Gefälle besteht: Im Jahre 1964 war beispielsweise das Niveau der Großhandelspreise doppelt so hoch wie das Niveau der auf den Auslandsmärkten erzielten Erlöse<sup>2</sup>. Dadurch, daß die Außenhandelsvereinigungen diesen Niveauunterschied nicht mehr wie Schleusen ausgleichen, gewinnt der Außenhandel die äußerst wichtige Funktion, den Unternehmen zuverlässige Maßstäbe für die Rentabilität ihrer Produktion zu vermitteln. Andererseits sollen, wie die tschechoslowakische Wirtschaftsführung hofft, von dieser Maßnahme entscheidende Impulse zu einer effizienten Investitionsauslese und damit zu einer Strukturverbesserung der gesamten Wirtschaft ausgehen. Die Orientierung der tschechoslowakischen Binnenpreise an den Weltmarktpreisen und die organisatorischen Veränderungen bei der Abwicklung der Außenhandels-geschäfte führen außerdem dazu, daß die CSSR in Verhandlungen mit westlichen Ländern nunmehr zu Gegenleistungen in Form des Abbaus von Handels-hemmnissen und Zöllen in der Lage ist. Ihre Mit-

gliedschaft zum GATT, zu deren Gründungsmitglie-dern die CSSR zählt, gewinnt hierdurch im Zu-sammenhang mit der Kennedy-Runde an Bedeu-tung.

Weiterhin soll der Außenhandel, vor allem der Im-port, den Wettbewerb auf dem Binnenmarkt stimu-lieren und dadurch möglichen Tendenzen zur Mo-nopolpreisbildung entgegenwirken. Solche Tenden-zen können von den im Zuge der Wirtschaftsreform gebildeten Konzernen und Trusts ausgehen, in denen die einzelnen Betriebe vorwiegend branchen-mäßig zusammengefaßt wurden. Da den Unterneh-men eine weitgehende Entscheidungsfreiheit zuge-standen und immer weitere Bereiche der Preis-bildung dem Markt überlassen werden sollen, könn-ten sich die Trusts bzw. Konzerne künftig ähnlich verhalten wie marktbeherrschende westliche Unter-nehmen.

Schließlich wird über den Außenhandel eine bes-tere Versorgung der Bevölkerung angestrebt: Ins-

<sup>1</sup> Vgl. „Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsführung der Unternehmen, die ab 1. Januar 1967 in Kraft treten“, in: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomik, Heft Nr. 6/1966, Prag.

<sup>2</sup> Zitiert nach „Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomik“, Heft 1/1968, S. 56, Prag.

Der Außenhandel<sup>1)</sup> der Tschechoslowakei nach Ländern

Länder	Ausfuhr					Einfuhr				
	1965	1966	1967	Veränder. 1967 zu 1966		1965	1966	1967	Veränder. 1967 zu 1966	
	in Mill. Kčs			in vH		in Mill. Kčs			in vH	
UdSSR . . . . .	7 364	6 630	7 053	32,5	6,4	6 874	6 585	6 950	36,0	5,5
DDR . . . . .	1 995	2 143	2 300	10,6	7,3	2 073	2 291	2 305	11,9	0,6
Polen . . . . .	1 791	1 705	1 695	7,8	— 0,6	1 502	1 294	1 434	7,4	10,8
Ungarn . . . . .	952	953	1 100	5,1	15,4	1 234	1 237	1 086	5,6	—12,2
Rumänien . . . . .	496	505	647	3,0	28,1	679	664	623	3,2	— 6,2
Bulgarien . . . . .	445	589	665	3,1	12,9	642	460	567	2,9	23,3
RGW-Länder, gesamt <sup>2)</sup> . . . . .	13 043	12 525	13 460	62,0	7,5	13 004	12 531	12 965	67,2	3,5
Jugoslawien . . . . .	498	702	728	3,4	3,7	517	531	378	2,0	—28,8
Kuba . . . . .	246	300	259	1,2	—13,7	289	357	249	1,3	—30,3
Übrige sozialistische Länder <sup>3)</sup> . . . . .	365	355	432	2,0	21,7	310	428	298	1,5	—30,4
Sozialistische Länder, gesamt . . . . .	14 152	13 882	14 879	68,6	7,2	14 120	13 847	13 890	72,0	0,3
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	664	705	775	3,6	9,9	633	584	595	3,1	1,9
Frankreich . . . . .	191	224	261	1,2	16,5	159	257	337	1,7	31,1
Italien . . . . .	241	344	458	2,1	33,1	291	418	345	1,8	—17,4
Niederlande . . . . .	224	280	237	1,1	—15,4	180	246	221	1,1	—10,2
Belgien-Luxemburg . . . . .	105	127	133	0,6	4,7	94	112	110	0,6	— 1,8
EWG-Länder, gesamt . . . . .	1 425	1 680	1 864	8,6	11,0	1 357	1 617	1 608	8,3	— 0,6
Großbritannien . . . . .	434	552	550	2,5	— 0,4	528	691	520	2,7	—24,8
Schweden . . . . .	130	151	159	1,7	5,3	135	167	163	0,8	— 2,4
Österreich . . . . .	306	306	362	0,7	18,3	349	446	381	2,0	—14,6
USA . . . . .	147	218	217	1,0	— 0,5	139	307	133	0,7	—56,7
Übrige Industrieländer . . . . .	906	772	1 265	5,8	63,9	1 167	1 012	1 112	5,8	9,9
Westliche Industrieländer, gesamt . . . . .	3 348	3 679	4 417	20,4	20,1	3 675	4 193	3 917	20,3	— 7,6
Indien . . . . .	344	357	306	1,4	—14,3	250	282	301	1,6	6,7
Ägypten . . . . .	226	300	227	1,0	—24,3	208	357	286	1,5	—19,9
Entwicklungsländer . . . . .	1 857	2 203	2 399	11,1	8,9	1 447	1 659	1 489	7,7	—10,2
Gesamt, fob . . . . .	19 357	19 764	21 695	100	9,8	19 242	19 699	19 296	100	— 2,1

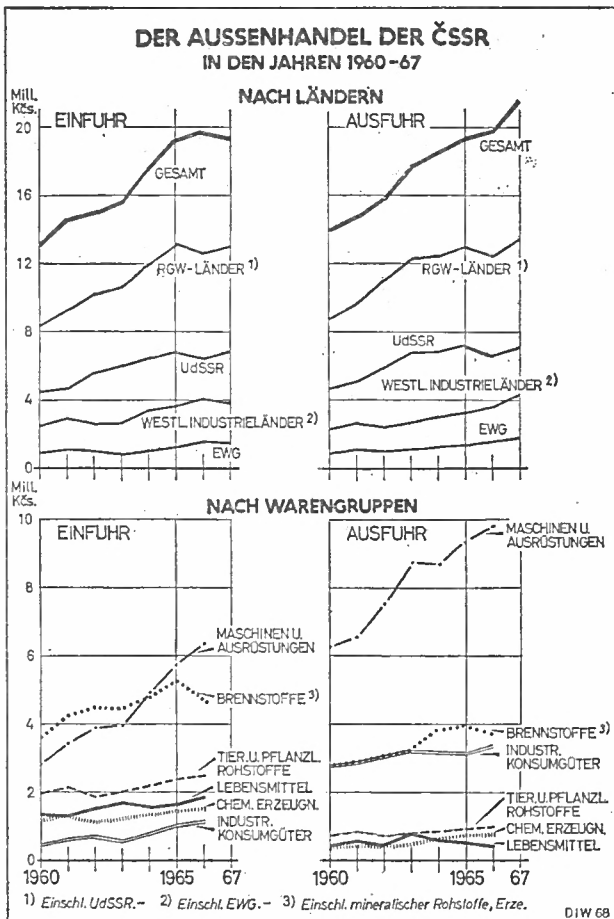
<sup>1)</sup> Einschl. Reexport, aktiver und passiver Veredelungsverkehr. — <sup>2)</sup> Ohne Mongolei. — <sup>3)</sup> Albanien und asiatische sozialistische Länder.

Quellen: Jahrbuch des Außenhandels der Tschechoslowakei 1967, Tschechoslowakische Handelskammer, Prag; Statistické Přehledy 1968, Heft 2.

besondere wünschen die Reformer weit mehr Konsumgüter einzuführen als bisher, um allmählich einen Käufermarkt zu schaffen. Erwartet wird auch, daß die eingeführten Erzeugnisse die Eigenproduktion anregen und in Sortiment, Qualität, modischer Aufmachung und Verpackung günstig beeinflussen.

### Vor beträchtlichen Schwierigkeiten

Gegen diese Konzeption, die dem Außenhandel im neuen System der Planung und Leitung eine Schlüsselfunktion zuweist, ist vom theoretischen Standpunkt aus wenig einzuwenden. Betrachtliche Schwierigkeiten dürften jedoch bei der Durchführung auftreten.



Sie sind einmal begründet in der gegenwärtigen Länderstruktur des tschechoslowakischen Außenhandels, zum anderen in der Art, wie der Handel zwischen den sozialistischen Ländern abgewickelt wird: Ein Drittel der gesamten Ein- und Ausfuhr der CSSR entfällt allein auf die Sowjetunion, ein weiteres Drittel auf die übrigen sozialistischen Länder. Mit diesen Ländern wird der Außenhandel nach

wie vor auf bilateraler Grundlage abgewickelt. Kein RGW-Land hat bis heute die Konvertibilität seiner Währung eingeführt, die auch den Außenhandel der sozialistischen Länder untereinander nachhaltig beleben könnte. Strenger Bilateralismus aber, der durch Handelsverträge mit langfristigen Liefer- und Abnahmeverpflichtungen geprägt ist, und ein System relativ starrer Verrechnungspreise, die den Weltmarktpreisveränderungen nicht oder nur mit größerem zeitlichen Abstand folgen, hemmen die Wirksamkeit der neuen ökonomischen Systeme in den sozialistischen Ländern.

Überdies dürfte es nur begrenzt möglich sein, den Zusatzbedarf der CSSR kurzfristig aus den übrigen RGW-Ländern zu beziehen. Einmal ist deren Export nach Waren- und Länderstruktur ebenfalls zu rund drei Vierteln langfristig festgelegt. Zum anderen aber würden Exporte in die Tschechoslowakei über den in den Handelsverträgen vorgesehenen Umfang hinaus mit dem Interesse der lieferfähigen RGW-Länder — wie z. B. der DDR — kollidieren, das darin besteht, den Absatz „weltmarktfähiger“ Erzeugnisse auf westlichen Märkten beträchtlich zu steigern.

So können die erhofften Wirkungen auf die tschechoslowakische Wirtschaft eigentlich nur vom Warenaustausch mit den westlichen Industrieländern ausgehen, wenn auch der Handel mit dieser Ländergruppe bisher lediglich ein Fünftel des gesamten Außenhandels der CSSR umfaßt; 1967 erreichte die Einfuhr aus diesen Ländern nur 3917 Mill. Kronen (rund 540 Mill. \$). Sollen die beabsichtigten Effekte stark genug sein, muß also der tschechoslowakische Westhandel erheblich gesteigert werden — und zwar in möglichst kurzer Zeit. Eine drastische Erhöhung der Westexporte setzt jedoch voraus, daß es der CSSR gelingt, ihre westlichen Partnerländer und auch die EWG-Kommission für eine weitere Liberalisierung des gegenseitigen Warenaustausches einzunehmen. Dabei sollten die unterschiedlichen Interessen einzelner Industriezweige in den westlichen Ländern nicht unterschätzt werden. Entscheidend aber wird es letztlich sein, ob die von der CSSR auf den westlichen Märkten angebotenen Erzeugnisse in Preis und Qualität, in Sortiment und Service dem sich ständig wandelnden Bedarf entsprechen. Dies aber wird sicherlich strukturelle Veränderungen in der Produktionssphäre notwendig machen.

Eine andere Voraussetzung ist zudem die Bereitschaft der übrigen RGW-Länder, eine verstärkte

Hinwendung der CSSR zum Westhandel zu dulden. Die davon zu erwartende Stärkung der Tschechoslowakei liegt nicht zuletzt auch im Interesse der Sowjetunion. Ein erweiterter tschechoslowakischer Außenhandel mit den westlichen Industrieländern könnte dem Wirtschaftspotential aller RGW-Länder auf die Dauer nur förderlich sein.

Der Außenhandel der Tschechoslowakei nach Warengruppen

Waren	Alle Länder			Sozialistische Länder	
	1965	1966	1966	1965	1966
	in Mill. Kčs		in vH	in Mill. Kčs	
Nahrungsmittel . . . . .	823	692	3,5	230	166
Getränke, Tabak . . . . .	65	92	0,5	37	60
Rohstoffe, ohne Brennstoffe . .	1 237	1 314	6,7	660	695
dar.: Holz . . . . .	319	358	1,8	33	50
Erze, Metallabfälle . . . . .	575	573	2,9	510	517
Mineralische Brennstoffe . . . .	797	840	4,3	595	584
dar.: Kohle, Koks, Briketts . . .	647	653	3,3	510	502
Tierische u. pflanzl. Öle, Fette .	10	11	0,1	1	1
Chemische Erzeugnisse . . . . .	819	897	4,5	564	622
Bearbeitete Waren . . . . .	3 837	3 716	18,8	2 457	2 170
dar.: Garne, Gewebe . . . . .	617	608	3,1	291	271
Eisen, Stahl . . . . .	2 023	1 816	9,2	1 560	1 224
Maschinen und Fahrzeuge . . . .	9 157	9 785	49,5	7 820	7 890
dar.: Nichtelekt. Maschinen . . .	4 761	5 473	27,7	3 954	4 149
Elektrische Maschinen . . . . .	1 535	1 351	6,8	1 362	1 130
Fahrzeuge . . . . .	2 861	2 960	15,0	2 504	2 611
Verschied. bearbeitete Waren . . .	2 108	2 387	12,1	1 583	1 676
dar.: Bekleidung . . . . .	476	449	2,3	374	318
Schuhe . . . . .	776	786	4,0	649	640
Sonstige Waren . . . . .	11	25	0,1	1	4
Nicht spezifiziert . . . . .	493	5	0,0	204	14
<b>Ausfuhr, gesamt . . . . .</b>	<b>19 357</b>	<b>19 761</b>	<b>100</b>	<b>14 152</b>	<b>13 882</b>
Nahrungsmittel . . . . .	2 752	2 973	15,1	1 770	1 991
dar.: Getreide, -erzeugnisse . . . .	948	936	4,8	557	634
Obst, Gemüse . . . . .	657	634	3,2	494	451
Getränke, Tabak . . . . .	394	340	1,7	322	253
Rohstoffe, ohne Brennstoffe . . .	3 515	3 626	18,4	1 875	1 870
Mineralische Brennstoffe . . . . .	1 645	1 504	7,6	1 615	1 480
dar.: Kohle, Koks, Briketts . . . .	545	477	2,4	545	477
Erdöl, roh u. teilw. raff. . . . .	869	797	4,0	861	789
Tierische u. pflanzl. Öle, Fette . .	121	156	0,8	73	99
Chemische Erzeugnisse . . . . .	1 138	1 145	5,8	562	509
Bearbeitete Waren . . . . .	3 030	2 710	13,8	2 381	1 938
dar.: Eisen, Stahl . . . . .	1 504	1 077	5,5	1 288	824
NE-Metalle . . . . .	771	771	3,9	526	536
Maschinen und Fahrzeuge . . . . .	5 656	6 337	32,2	4 788	5 001
dar.: Nichtelekt. Maschinen . . . .	3 982	4 265	21,7	3 332	3 240
Elektrische Maschinen . . . . .	710	886	4,5	569	726
Fahrzeuge . . . . .	963	1 186	6,0	888	1 035
Verschied. bearbeitete Waren . . .	778	906	4,6	635	705
Sonstige Waren . . . . .	1	2	0,0	0	1
Nicht spezifiziert . . . . .	212	0	0,0	99	0
<b>Einfuhr, gesamt . . . . .</b>	<b>19 242</b>	<b>19 699</b>	<b>100</b>	<b>14 120</b>	<b>13 847</b>

Gegenwärtig ist der größte Teil der tschechoslowakischen Produktionskapazität bedenklich veraltet und weitgehend durch langfristige Lieferverpflichtungen gegenüber den anderen RGW-Ländern gebunden. Mit eigenen Kräften kann sie kurzfristig nicht in notwendigem Umfang verbessert werden. Eine rasche Vergrößerung der Kapazitäten, die notwendige strukturelle Veränderungen berücksichtigen und mit einer Modernisierung des Maschinenparks verbunden sein müßte, wird somit nur durch verstärkte Einfuhr von Investitionsgütern zu erreichen sein. Dies wird indes davon abhängen, ob die Handelspartner der CSSR bereit sind, den chroni-

schen Devisenmangel durch Kredite zu überbrücken<sup>3</sup>. Eine großzügige Kredithilfe könnte die notwendige „Initialzündung“ für eine langfristige Expansion des Außenhandels sein.

Für einen steten Aufstieg der tschechoslowakischen Wirtschaft wird sie aber nur dann ausreichen, wenn es gelingt, auch die übrigen Maßnahmen der Wirtschaftsreform in den Betrieben schnell zu verwirklichen. Verstärktes betriebswirtschaftliches Denken und ein funktionierendes Rechnungswesen, das zum Kostendenken zwingt, sind hierfür ebenso Voraussetzungen wie intensivierete Forschung und Entwicklung, steigende Rationalisierung und Automatisierung, verbesserte Marktbeobachtung und verstärkte Absatzbemühungen. Es bedarf eines bislang ungewohnten, marktorientierten Verhaltens — vor allem der Betriebsleitungen —, um zu verhindern, daß nicht absetzbare Produkte erzeugt werden und die Lagerbildung wächst, daß Fehlinvestitionen vorgenommen werden und zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen. Wesentlich wird es in diesem System der Planung und Leitung auch sein, daß die internationale Wettbewerbsposition der tschechoslowakischen Wirtschaft nicht durch zu starke Preis- und Lohnsteigerungen beeinträchtigt wird.

### Ausblick

Die beabsichtigten weiteren Maßnahmen der Wirtschaftsreform<sup>4</sup> lassen im Außenhandel neben einer kräftigen Zunahme des Umsatzes vor allem Veränderungen in der Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr erwarten. Entscheidende Anstöße werden von den vorgesehenen Strukturveränderungen der tschechoslowakischen Industrie ausgehen. Daneben ist auch mit Verlagerungen in der Länderstruktur zu rechnen: Der Handel mit den übrigen RGW-Ländern dürfte langsamer wachsen als in den vergangenen Jahren; der Anteil der westlichen Industrieländer wird sich erhöhen.

Die verstärkte westliche Orientierung des Außenhandels der CSSR sollte zu einer Belebung des Warenaustausches mit der Bundesrepublik führen. Viele Umstände sprechen dafür. Als Nachbarland ist die Bundesrepublik für die Tschechoslowakei ein ebenso prädestinierter Handelspartner wie für Holland, Belgien, Österreich oder die Schweiz. Die BRD wäre einerseits durchaus in der Lage, die von

<sup>3</sup> Das offenbare Scheitern der Kreditverhandlungen zwischen der UdSSR und CSSR scheint zu zeigen, daß die tschechoslowakischen Reformbestrebungen nicht allseits unterstützt werden.  
<sup>4</sup> Rudé Právo, vom 25. April 1968.

tschechoslowakischer Seite gewünschten Güter zu liefern; andererseits ist die CSSR nach Wirtschaftsstruktur, Industrialisierungsgrad und Lebensstandard der Bevölkerung für westliche Erzeugnisse ein potentiell recht bedeutender Markt.

Einer Intensivierung des gegenseitigen Handelsaustauschs könnte die Bereitschaft der Bundesrepublik zu großzügiger Exportfinanzierung sehr förderlich sein. Möglichkeiten hierzu lägen in der Einräumung langfristiger, durch Bürgschaften abgesicherter Zahlungsziele sowie — sollte darum nachgesucht werden — in der unmittelbaren Gewährung langfristiger Kredite durch die Bundesrepublik.

Weitere Ansatzpunkte bieten sich in einer stärkeren Kooperation mit tschechoslowakischen Betrieben, vor allem im Maschinenbau, der Chemischen und der Konsumgüterindustrie. Langfristig entscheidend für die Entwicklung des gegenseitigen Warenaustausches wird es jedoch sein, ob die Bundesrepublik zu einer weiteren Liberalisierung der Einfuhr bereit ist. Für eine derartige Handelspolitik spricht nicht zuletzt, daß die Handelsbeziehungen zur CSSR zu einem Modellfall für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen RWG-Ländern und somit für die weitere Entwicklung des gesamten Ost-West-Handels werden könnten.

*Der nächste Wochenbericht erscheint am Donnerstag, dem 30. 5. 1968.*

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Adenauerallee 170  
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg,  
Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für den Inhalt verantwortlich: das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43  
Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—

*Diese Doppelnummer umfaßt 10 Textseiten und 2 Zahlenbeilagen.*

I. Beilage zum Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Gegenstand	Gebiet	Einheit †)	1967												1968		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>Verkehrsindizes</b>																	
Personenverkehr, kalendertägl.																	
Eisenbahnen, bef. Pers.	BRD	1962 = 100	TD	90	86	80	84	83	75	81	72	88	82	79	80	.	.
Straßenbahnen, " " "	"	"	"	75	79	74	75	71	73	67	61	71	72	75	71	.	.
Omnib., Ortslinien, " " "	"	"	"	110	115	107	109	104	106	99	93	106	111	116	111	.	.
Überlandl. " " "	"	"	"	121	122	108	112	108	106	97	90	116	117	123	111	.	.
Gelegenheit " " "	"	"	"	58	69	65	78	116	158	147	119	138	104	75	67	.	.
Güterverkehr, kalendertäglich																	
Eisenbahnen, bef. Güter	BRD	1962 = 100	TD	91	93	92	94	91	102	96	97	103	112	111	100	.	.
Binnenschifffahrt, " " "	"	"	"	104	110	117	128	124	144	128	130	137	136	129	113	107	.
Seeschifffahrt, Güterumschlag	"	"	"	121	118	118	121	126	122	116	127	130	127	131	129	.	.
Fernverk. m. Lkw <sup>1)</sup> , bef. Güter	BRD	"	S	105	102	117	123	123	133	130	129	130	141	130	.	.	
Deutsche Seefrachten																	
Linienfahrt	BRD	2.Hj.54 = 100	D	148	149	149	150	150	155	155	155	154	155	154	155	15 <sup>13)</sup> 107	106
Trampfahrt	"	"	"	73	71	72	72	71	81	84	84	88	91	81	92	13 <sup>13)</sup> 91	94
Tankerfahrt	"	Mot/Sc. = 100	"	58	51	44	35	43	119	183	171	162	127	100	14 <sup>14)</sup> 100	82	
<b>Verkehrsleistungen</b>																	
Personenverkehr																	
Dtsch. Bundesbahn <sup>2)</sup> , bef. Pers.	BRD	1000	S	87641	75334	77987	79609	80555	70171	79707	71253	83771	80018	74194	78783	83444	75755
Pkm	"	Mill.	"	205100	194100	201608	197497	192357	190995	181900	165600	186200	194300	196200	192000	185200	177700
Straßenbahnen <sup>3)</sup> , bef. Pers.	"	1000	"	1005	954	993	941	948	941	904	823	926	960	970	947	916	868
Pkm	"	Mill.	"	331100	306981	309030	309085	308385	299987	286900	265900	312500	329300	332100	320200	332800	313800
Omnibusse <sup>4)</sup> , bef. Pers.	"	1000	"	2996	2812	2938	3139	3821	4059	3962	3617	4090	3555	3131	2879	3033	2936
Pkm	"	Mill.	"	1136	1016	1321	1421	1818	1858	1944	2017	2089	1746	1199	1173	.	.
Luftfahrt <sup>5)</sup> , Fluggäste	BRD	1000	"	22795	20974	23236	23259	23311	26208	25322	24443	24111	29232	28191	25626	24067	23403
Dtsch. Bundesbahn <sup>6)</sup> , bef. Güter	BRD	1000 t	S	4369	3968	4399	4481	4388	4996	4828	4793	5022	5284	5172	4852	4574	4440
Tarif-tkm	"	Mill.	"	1234	1153	1284	1292	1243	1401	1344	1341	1408	1549	1459	1316	1256	1236
Güterwagengestellung	"	1000 t	"	15199	14445	17084	18093	18094	20282	18610	18973	19312	19828	18130	16431	15586	313800
Binnenschifffahrt <sup>7)</sup> , bef. Güter	"	1000 t	"	3360	3076	3626	3815	3862	4565	4226	4081	4050	4179	3608	3262	3263	.
tkm	"	Mill.	"	8737	7714	8525	8448	9068	8520	8337	9188	9047	9143	9133	9325	.	.
Seeschifffahrt <sup>8)</sup> , bef. Güter	"	1000 t	"	9620	9335	10722	11298	11290	12126	11893	11768	11878	12907	11874	.	.	.
Fernverk. m. Lkw <sup>1)</sup> , " " "	BRD	"	"	2446	2366	2675	2803	2605	2992	2884	2864	2967	3206	2981	.	.	.
Tarif-tkm	"	Mill.	"	24848	24884	29090	29906	27185	29436	28169	27041	30438	32514	32141	33044	.	.
Luftfahrt <sup>9)</sup> , Fracht und Post	"	t	"	768	716	844	764	722	757	683	718	757	857	867	914	800	761
Nachrichtenverkehr	BRD	Mill.	S	21	21	26	23	20	20	19	20	23	27	32	39	21	21
Briefsendungen	"	"	"	173	162	188	178	180	195	186	189	198	210	197	205	202	25
Paketsendungen	"	"	"	85478	109956	176034	159413	148036	143339	113882	96526	122969	141478	120456	122135	75613	112795
Abgehende Ferngespräche	BRD	Stück	S	74445	97783	157341	143457	133412	127583	101222	85246	107944	123564	104354	100304	64580	101205
Neuzulassn. v. Kraftfahrzeugen dar. Personenkraftwagen <sup>10)</sup>	"	"	"	114,6	109,3	133,9	126,9	129,3	127,5	128,7	122,1	126,8	134,4	144,2	192,2	112,6	112,2
<b>Einzelhandelsumsätze</b>																	
Gesamter Einzelhandel	BRD	1962 = 100	S	114,6	109,3	133,9	126,9	129,3	127,5	128,7	122,1	126,8	134,4	144,2	192,2	112,6	112,2
Nahrungs- und Genussmittel <sup>10)</sup>	"	"	"	115,0	115,2	135,4	127,8	131,8	136,0	133,8	130,3	130,1	126,9	127,4	160,2	118,6	121,4
Bekleidung, Wäsche, Schuhe <sup>10)</sup>	"	"	"	113,8	92,7	122,5	118,1	125,6	107,2	120,4	101,2	110,8	130,5	144,4	191,2	103,0	86,4
Warenhausunternehmen	"	"	"	135,0	118,1	148,4	137,9	140,6	133,8	148,6	139,0	139,1	156,8	189,8	267,8	142,5	148,5
Filialunternehmen	"	"	"	133,3	127,3	159,5	150,7	152,4	148,2	145,1	139,3	146,8	156,6	167,4	210,4	139,4	140,0
<b>Grundstoffpreise</b>																	
Grundstoffe insgesamt	BRD	1958 = 100	D	106,3	106,4	105,5	103,6	103,0	103,1	102,6	103,1	103,2	103,1	103,9	103,9	101,0	101,5
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	108,4	108,6	107,6	105,5	104,7	104,7	104,1	104,7	104,9	104,7	105,5	105,6	102,3	102,9
" ausländischer	"	"	"	94,0	93,9	93,5	92,9	92,9	93,9	93,9	93,4	93,2	93,5	93,9	94,0	93,6	93,2
Grundst. landwirtschaftl. Herk.	"	"	"	109,0	109,2	107,8	106,7	105,4	105,5	103,4	104,4	104,7	104,1	104,7	105,1	102,7	102,3
industrieller	"	"	"	104,5	104,6	104,0	101,6	101,4	101,6	102,0	102,2	102,2	102,5	103,3	103,0	99,9	102,5
<b>Erzeugerpreise</b>																	
Industrieerzeugnisse insgesamt	BRD	1962 = 100	D	105,6	105,5	105,4	104,7	104,6	104,7	104,7	104,7	104,5	104,5	104,7	104,8	99,7	99,9
Grundst.- und Prod.-güterind.	"	"	"	102,7	102,2	101,4	99,3	99,2	99,8	100,4	100,7	100,2	100,4	101,0	101,2	96,1	96,9
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	106,3	106,2	106,1	105,9	105,7	105,7	105,4	105,3	105,2	105,1	105,1	105,1	99,1	99,0
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	108,9	108,8	108,6	108,4	108,1	108,0	107,8	107,6	107,5	107,5	107,6	107,7	102,0	101,9
Nahrungs- u. Genussmittelind.	"	"	"	105,7	105,5	107,2	107,2	107,2	107,3	106,7	106,5	106,3	106,2	106,3	106,2	101,9	101,6
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	"	61/62 - 62/63 = 100	"	109,4	109,8	108,7	106,5	104,9	105,6	102,6	102,7	103,2	101,1	101,9	102,0	99,0	97,9
<b>Einzelhandelspreise</b>																	
Insgesamt	BRD*)	1958 = 100	D	120	120	120	120	120	120	120	120	119	119	120	120	120	120
Lebensmittel	"	"	"	118	118	118	119	119	120	119	118	117	117	117	118	118	117
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118	118
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	120	119	120	119
<b>Preisindex f. d. Lebenshaltg.</b>																	
Gesamt <sup>11)</sup>	BRD	1962 = 100	D	114,1	114,2	114,3	114,5	114,8	115,0	115,1	114,4	114,1	114,0	114,2	114,2	115,7	115,6
Nahrungs- u. Genussmittel	"	"	"	112,1	112,1	112,4	112,8	113,4	113,7	113,7	111,6	110,8	110,8	110,7	111,8	111,3	111,2
Kleidung, Schuhe	"	"	"	112,1	112,1	112,2	112,2	112,2	112,1	112,1	112,0	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9
Wohnungsmiete	"	"	"	135,5	135,8	136,0	137,4	137,8	138,2	138,8	139,3	139,5	139,8	140,3	140,5	142,8	144,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	"	"	"	109,7	109,7	109,4	106,0	106,1	106,5	107,7	108,4	108,7	109,7	110,0	110,4	116,4	117,2
Sonst. für Haushaltsführung <sup>12)</sup>	"	"	"	108,7	108,6	108,6	108,5	108,4	108,3	108,2	108,1	108,1	107,9	107,9	107,8	108,2	108,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr, Nachrichtenüberm.	"	"	"	113,4	113,5	113,7	113,7	113,7	113,7	114,5	114,9	115,0	115,1	115,0	116,3	116,3	
Körper- u. Gesundheitspflege	"	"	"	116,9	116,9	116,9	117,0	117,0	117,9	118,0	118,0	118,1	118,1	118,1	124,0	124,7	
Bildung und Unterhaltung	"	"	"	110,4	111,2	111,3	111,5	111,6	111,3	111,5	111,8	111,9	112,2	112,1	112,4	114,3	114,9
Persönl. Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen	"	"	"	116,7	116,7	116,8	116,8	116,6	116,6	116,7	119,3	119,3	119,4	119,6	119,6	121,5	121,5
<b>Preise im Außenhandel für</b>																	
Ausfuhrtüter insgesamt	BRD	1962 = 100	D	107,2	107,1	106,9	106,8	106,6	106,7	106,7	107,0	106,9	106,9	10			

